



Radikalisierung und Rechtsstaat

Verfügbare und unverfügbare Grenzen rechtsstaatlichen Strafrechts

**Podiumsdiskussion in der Baumwollbörse
am 07.06.2017 um 18.00 Uhr**

veranstaltet von Prof. Dr. Ingeborg Zerbes,
Bremer Institut für Kriminalwissenschaften

Es diskutieren:

Elisabeth Motschmann (Mitglied des Bundestages),
RA Dr. Anna Oehmichen (Knierim & Krug Rechtsanwälte;
Justus-Liebig-Universität Gießen),
Ulrich Mäurer (Senator für Inneres in Bremen),
Dr. Gerwin Moldenhauer (Staatsanwalt beim BGH),
Prof. Dr. Ingeborg Zerbes (Universität Bremen)

Die terroristischen Anschläge der jüngeren Zeit – beginnend mit New York 9/11, zuletzt in London, St. Petersburg, Kairo und Stockholm 2017 – erschüttern. Sie machen das Thema Radikalisierung allgegenwärtig. Die Politik und, von ihr gelenkt, der Gesetzgeber reagieren geradezu reflexhaft. Fast täglich gibt es neue Vorschläge zur Aufrüstung des strafrechtlichen und polizeirechtlichen Eingriffsapparats. Mit Plänen zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung von Gefährdern, zu zeitlich unbegrenzter Präventivhaft, mit der Strafbarkeit der bloßen Ausreise, wenn diese einer Kampfausbildung im Ausland dienen soll, steht Sicherheitsdenken heute an erster Stelle (auch) der Kriminalpolitik. Es stellt bisher verlässliche rechtsstaatliche Grenzen in Frage. Strafrecht wird damit einem Paradigmenwechsel unterzogen.

Dieser Paradigmenwechsel soll zur Diskussion gestellt werden: Wie und auf welchen Ebenen werden rechtsstaatliche Grenzen berührt? Werden sie über ihre nicht verhandelbaren Grenzen hinaus verletzt? Und welche Grenzen sind tatsächlich nicht verhandelbar? Wie viel Risiko muss eine liberale Gesellschaft tragen können?

Anschließend laden wir Sie herzlich zu einem kleinen
Weinempfang ein.

Wir bitten um Voranmeldung per Mail:
rechtsstaat-radikalisierung@uni-bremen.de